Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5617

25. 09. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuß)

zu dem Antrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/583 –

Einsetzung einer Enquête-Kommission „Armut und Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland"

A. Problem

Nach Ansicht der Antragsteller seien Armut und Obdachlosigkeit nicht durch einfache, isolierte Maßnahmen zu beheben. Langzeit- und Massenarbeitslosigkeit sowie strukturelle Mängel im sozialen Sicherungssystem, die insbesondere Frauen benachteiligen, führten in der Bundesrepublik Deutschland seit langem zur Armut. Im Verlauf der 90er Jahre habe sich allerdings darüber hinaus gezeigt, daß das Sicherungssystem prinzipiell an seine Grenzen gestoßen sei.

B. Lösung

Die Antragsteller schlagen vor, eine Enquête-Kommission einzusetzen. Diese soll aufgrund ihrer Zusammensetzung und aufgrund ihrer Unabhängigkeit in der Lage sein, eine differenzierte Analyse vorzulegen und damit zweierlei zu erreichen: Sie kann über das Ausmaß von Ausgrenzung aufklären, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland alltäglich geworden ist und als Begleiterscheinung des Leistungswettbewerbs hingenommen wird, und sie kann Vorschläge machen und die Politik damit in die Verantwortung nehmen.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/583 abzulehnen.

Bonn, den 25. September 1996

Der Ausschuß für Gesundheit

Dr. Dieter Thomae

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Dieter Thomae

1. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 23. November 1995 an den Ausschuß für Gesundheit zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung empfahl in seiner Stellungnahme vom 28. Februar 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfahl in seiner Stellungnahme vom 6. März 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau schlug in seiner Stellungnahme vom 6. Dezember 1995 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD vor, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung teilte in seiner Stellungnahme vom 17. Januar 1996 mit, daß er den Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder Gruppe der PDS abgelehnt habe.

Der Ausschuß für Gesundheit hat die Beratung des Antrags in seiner 38. Sitzung am 17. Januar 1996 aufgenommen und in seiner 63. Sitzung am 25. September 1996 abgeschlossen. Dabei hat er den Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

2. Zum Inhalt des Antrags

Der Deutsche Bundestag soll eine Enquête-Kommission „Armut und Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland" einsetzen. Die Kommission soll den Auftrag haben, Ursachen von Armut und Obdachlosigkeit zu untersuchen und Vorschläge zu deren Bekämpfung zu erarbeiten. Sie soll anhand von typischen Lebenswegen die strukturellen Defizite innerhalb des gesellschaftlichen Sozialgefüges und der gesetzlichen Bestimmungen skizzieren. Ausgangspunkt der Tätigkeit soll eine Perspektive sein, unter der sie Armut als eine komplexe Situation von Unterversorgung in verschiedenen Lebensbereichen betrachtet; hierzu zählen neben dem Einkommen vor allem Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Bildung. Armut wird also nicht allein als ein Problem von unzureichendem Einkommen, sondern darüber hinaus als ein Mangel an Möglichkeiten begriffen, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen und es selber aktiv mitzugestalten.

3. Zu den Beratungen im Ausschuß

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. teilten im Grundsatz den Ansatzpunkt, daß Aufgabe der Gesellschaft sei, die Gründe für Armut und Obdachlosigkeit zu erkennen und alles zu unternehmen, was zu ihrer Bekämpfung erforderlich sei. Sie wiesen jedoch darauf hin, daß das Thema Armut und Obdachlosigkeit nahezu jeden Monat auf der Tagesordnung des Bundestages stehe. Es gebe darüber hinaus schon jetzt eine ganze Reihe von Kommissionen und Gremien, die sich genau mit den in dem Antrag angesprochenen Themen befaßten, so daß von der Einsetzung einer weiteren Kommission keine neuen Erkenntnisse zu erwarten seien.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD betonten, daß Armut und Obdachlosigkeit zu großen sozialen Problemen geführt haben. Dies belege u. a. die stetig steigende Zahl der Menschen, die von Sozialhilfe leben müssen, der vielen Arbeitslosen, deren Arbeitslosenbezüge durch die Hilfe zum Lebensunterhalt ergänzt werden müssen, der meist alten Menschen, die trotz Anspruch auf die Sozialhilfe aus Scham oder gar Unkenntnis nicht zu den Sozialämtern gehen. Sie waren der Auffassung, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht opportun sei, eine derartige Kommission einzusetzen.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilten die Sorge um die dramatische Zunahme der Armut in Deutschland. Es sei im höchsten Grade alarmierend, daß inzwischen Millionen von Menschen auf ein Sozialhilfesystem angewiesen seien, das ursprünglich einmal für besondere, individuelle Notfälle gedacht gewesen sei. Es sei erschreckend, daß dennoch Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Armen beschlossen würden, anstatt darüber nachzudenken, wie die Ursachen der Armut wirkungsvoll bekämpft werden könnten. Sie stellten gleichwohl fest, daß es dem Parlament nicht an ausreichender Kenntnis von diesem Problembereich mangele.

Das Mitglied der Gruppe der PDS verwies auf das auf dem Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen im März 1995 in Kopenhagen verabschiedete Aktionsprogramm gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Darin seien auch der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Aktivitäten auferlegt worden. Die Bundesregierung habe es noch nicht einmal geschafft, endlich ein Konzept für eine kontinuierliche Armutsberichterstattung vorzulegen. Deshalb forderten sie die Einsetzung der Enquête-Kommission. Man brauche ausführliche Informationen über das Ausmaß der Armut und Obdachlosigkeit in diesem Lande.

Bonn, den 25. September 1996

Dr. Dieter Thomae

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44

ISSN 0722-8333